

**II-1069 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. **6341J**

**1987-06-29**

**A N F R A G E**

der Abgeordneten MOTTER, Dr. STIX  
 an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
 betreffend Sanierungsmaßnahmen am Kunsthistorischen Museum

Das Kunsthistorische Museum in Wien verfügt über Kunstwerke von internationalem Rang und unschätzbarem Wert, die jährlich tausende Menschen anziehen. Es zählt daher nicht nur aus kunsthistorischer Sicht die Erhaltung und sachgerechte Aufbewahrung zu einer vorrangigen Pflicht des Staates. Diesbezügliche Versäumnisse würden einen nicht wieder gut zu machenden Schaden hervorrufen.

Durch die knappe Budgetierung für die Museen sind jedoch bis jetzt dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen im Kunsthistorischen Museum unterblieben. Die schlechten klimatischen Bedingungen sowie Sturmschäden bedrohen die ausgestellten Kunstwerke. An vielen sind bereits Beschädigungen festzustellen. Dieser unachtsame Umgang des Staates mit seinen Kulturschätzen ist umso unverständlicher, als beispielsweise die notwendigsten Sanierungsarbeiten am Kunsthistorischen Museum <sup>ca.</sup> Mittel in der Höhe von 120 Millionen Schilling beanspruchen und damit ungefähr soweit wie ein Autobahnkilometer kosten würden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher in Sorge um die Erhaltung der Kunstschatze im Kunsthistorischen Museum an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

**A N F R A G E :**

1. Können Sie Angaben darüber machen
  - a) inwieweit durch nicht behobene Sturmschäden am Kunsthistorischen Museum die Erhaltung der Kunstwerke gefährdet ist;
  - b) wie hoch sich ungefähr dadurch hervorgerufene Schäden an Kunstwerken belaufen;

./2

- 2 -

- c) inwieweit die Kunstwerke aufgrund der schlechten klimatischen Bedingungen gefährdet sind und
  - d) wie hoch sich die bisher dadurch entstandenen Schäden belaufen?
2. Haben Sie über die notwendigen Sanierungsarbeiten am Kunsthistorischen Museum bereits mit dem dafür zuständigen Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten gesprochen?
  3. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?